



Gemeinde
Köniz

Volksabstimmung xx. xxxx 2025 Botschaft des Parlaments an die Stimmberechtigten

**Änderung des Sitzzuteilungsverfahrens und
Abschaffung der mehrparteiigen Listenverbindungen
für die Wahl des Gemeinderats und des Parlaments**
Teilrevision des Reglements über Abstimmungen
und Wahlen

Abstimmungslokale

Sie haben die Möglichkeit, bei den nachstehenden Abstimmungslokalen **persönlich** an der Urne abzustimmen oder zu wählen. Das Lokal mit Stern (*) ist nicht rollstuhlgängig.

Die Informationen zu den Abstimmungslokalen und den Öffnungszeiten werden von der KOMM eingefügt.

Briefliche Stimmabgabe

Verwenden Sie für die briefliche Stimmabgabe das beiliegende Kuvert und beachten Sie die Anleitung auf der Rückseite des Antwortkuverts. **Wichtig:** Der Stimmrechtsausweis ist im entsprechenden Feld zu unterschreiben und zusammen mit dem verschlossenen Stimmkuvert in das Antwortkuvert zu legen.

Übergeben Sie das Antwortkuvert entweder rechtzeitig und frankiert der Post oder werfen Sie dieses bis spätestens am Samstag, 14.00 Uhr (letzte Leerung), vor dem Abstimmungs- oder Wahltag in den Briefkasten beim Gemeindehaus Bläuacker, Köniz ein.

Das geltende Recht

finden Sie im Internet unter www.koeniz.ch (Verwaltung > Reglemente/Verordnungen). Sie können es auch telefonisch bei der Stabsabteilung der Gemeinde Köniz bestellen: 031 970 91 11

Änderung des Sitzzuteilungsverfahrens und Abschaffung der mehrparteiigen Listenverbindungen für die Wahl des Gemeinderats und des Parlaments

Teilrevision des Reglements über Abstimmungen und Wahlen

Das Wichtigste in Kürze

Die Mitglieder des Parlaments und des Gemeinderats von Köniz werden im Verhältnis- oder Proporzwahlverfahren gewählt. Die Zuteilung der Sitze an die einzelnen Listen und damit an die Parteien oder Wählergruppen erfolgt heute nach dem im Kanton Bern üblichen Verfahren Hagenbach-Bischoff. Neu soll das Verfahren nach Sainte-Laguë zur Anwendung kommen.

Bessere Abbildung der Proportionalität

Der Hauptvorteil des Verfahrens nach Sainte-Laguë liegt darin, dass sich die Sitzzuteilung im Bezug auf die Grösse der Partei oder Wählergruppe bzw. deren Stimmenzahl neutral verhält und somit dem Erfordernis der so genannten Erfolgswertgleichheit (gleiche praktische Wirksamkeit der abgegebenen Stimmen) stärker Rechnung getragen wird. Mit Sainte-Laguë wird somit die reine Proporzidee mathematisch am genauesten umgesetzt.

Abschaffung der sogenannten mehrparteiigen Listenverbindungen

Mit dem Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren wird die Hauptfunktion der Listenverbindungen, die Verbesserung der Chancen auf ein (zusätzliches) Restmandat, obsolet. Listenverbindungen können aber auch dazu führen, dass eine kleinere Partei oder Wählergruppe dank der Verbindung einen Sitz erhält und eine andere Gruppierung leer ausgeht, obwohl sie mehr Stimmen auf sich vereinigt hat. Das soll mit der Abschaffung sogenannter mehrparteiiger Listenverbindungen beseitigt werden. Mehrparteiige Listenverbindungen sind Verbindungen verschiedener politischer Gruppierungen. Nach wie vor zugelassen sind demgegenüber sogenannte einparteiige Listenverbindungen, d. h. Verbindungen verschiedener «Teillisten» einer bestimmten Wählergruppe, z. B. eine Liste «Senior:innen» und eine Liste «Jugend». In diesem Fall stellt sich das Problem

nicht, dass ein Sitz möglicherweise nicht an die Gruppierung geht, die aufgrund ihres Stimmenanteils Anspruch darauf hätte.

Abschaffung der Unterlistenverbindungen

Sind nur noch einparteiige Listenverbindungen zugelassen, besteht kein praktisches Bedürfnis nach Unterlistenverbindungen mehr. Unterlistenverbindungen werden deshalb abgeschafft, auch im Interesse eines möglichst einfachen und transparenten Wahlverfahrens.

Sainte Laguë im Vergleich zum bisherigen Verfahren nach Hagenbach-Bischoff

Sowohl die Methode Hagenbach-Bischoff als auch das Sainte-Laguë-Verfahren sind rechtlich zulässige und verfassungskonforme Zuteilungsverfahren. Beide Verfahren haben gewisse Vor- und Nachteile. Es ist davon auszugehen, dass die Einführung von Sainte-Laguë nur im beschränkten Umfang zu unterschiedlichen Ergebnissen führen wird. Die Anwendung von Sainte-Laguë in nur einem Wahlkreis ist eher ungewöhnlich und für die Wahl der Exekutive (Gemeinderat) ein Novum. Die wohl grösste praktische Auswirkung bei einem Wechsel zu Sainte-Laguë ist die Abschaffung der mehrparteiigen Listenverbindungen.

Ausgangslage

Heutige Zuteilung der Sitze im Parlament und im Gemeinderat

Die Mitglieder des Parlaments und des Gemeinderats von Köniz werden im Proporz- oder Verhältniswahlverfahren gewählt. Nach diesem Verfahren wird in einem ersten Schritt ermittelt, wie viele Sitze den einzelnen Parteien oder Wählergruppen im Parlament und Gemeinderat zustehen. Diese Sitze werden in einem zweiten Schritt den Kandidierenden der betreffenden Listen mit den meisten Stimmen zugewiesen. Proporzwahlen sind «eigentliche Parteiwahlen». Sie entsprechen der Idee, dass die politischen Richtungen im gewählten Gremium im gleichen Verhältnis vertreten sein müssen, wie sie in der Wahl zum Ausdruck kommen.

Im Zusammenhang mit der Zuteilung der Sitze an die Parteien oder Wählergruppen stellt sich das grundsätzliche Problem, dass nur ganze Sitze vergeben werden können. Die Stimmenanteile der

einzelnen Gruppierungen entsprechen aber kaum je genau proportional der Anzahl der zu vergebenden Sitze. Rundungen sind im Rahmen der Sitzzuteilung deshalb in aller Regel unausweichlich.

Die Gemeinde Köniz wendet für die Zuteilung der Sitze heute das sogenannte Hagenbach-Bischoff-Verfahren an, das auch für die Wahl des Nationalrats und des Grossen Rats des Kantons Bern zur Anwendung kommt. Auch fast alle bernischen Gemeinden, die ihr Parlament respektive ihre Exekutive mit Proporzwahlverfahren wählen, teilen die Sitze nach dem Hagenbach-Bischoff-Verfahren zu.

Motion «Für unverzerzte Proporzwahlen»

Im Mai 2023 erklärte das Parlament die Motion «Für unverzerzte Proporzwahlen» erheblich. Die Motion verlangt für die Gemeinderats- und Parlamentswahlen einen Wechsel vom Hagenbach-Bischoff-Verfahren zum Divisorverfahren mit Standardrundung (sog. Sainte-Laguë-Verfahren). Die Unterzeichnenden der Motion begründeten das Begehren damit, dass mit dem Sainte-Laguë-Verfahren dem sogenannten Erfolgsgleichwert besser Rechnung getragen wird. Mit Erfolgsgleichwert ist die gleiche praktische Wirksamkeit der abgegebenen Stimmen gemeint, d. h. dass jede Stimme möglichst denselben Einfluss hat.

Änderung des Reglements über Abstimmungen und Wahlen

Das Verfahren für die Sitzzuteilung ist im Reglement über Abstimmungen und Wahlen geregelt, das die Stimmberechtigten der Gemeinde Köniz am 5. Juni 2005 erlassen haben. Änderungen dieses Verfahrens müssen somit wiederum die Stimmberechtigten beschliessen.

Das Zuteilungsverfahren nach Sainte-Laguë

Die Verfahren Sainte-Laguë und Hagenbach-Bischoff im Vergleich

Das durch den französischen Mathematiker Jean-André Sainte-Laguë entwickelte Sitzzuteilungsverfahren ist ein sogenanntes Divisorverfahren. In solchen Verfahren werden die für eine Wählergruppe abgegebenen Stimmen durch eine Zahl oder Zahlenreihe dividiert und die Sitze nach der Grösse der so berechneten Quotienten vergeben. Im Verfahren Hagenbach-Bischoff werden alle Quotienten abgerundet. Im Verfahren Sainte-Laguë werden sie

entweder abgerundet oder aufgerundet, grundsätzlich wie bei der allgemein bekannten kaufmännischen Rundung.

Das Verfahren nach Hagenbach-Bischoff ist schweizeit am weitesten verbreitet. Es wird bei den Nationalratswahlen angewandt, es ist auch das am meisten angewandte System in den Kantonen. Die Exekutive wird mit Ausnahme des Tessin in allen Kantonen im Majorzverfahren gewählt. Fast alle Gemeinden im Kanton Bern, die ihr Gemeindeparlament oder ihre Exekutive (Gemeinderat) im Proportional wählen, wenden das Verfahren nach Hagenbach-Bischoff an. Die Vorteile von Hagenbach-Bischoff sind seine bessere Verständlichkeit für die Wählenden, da sich die Sitzverteilung mathematisch relativ einfach nachvollziehen lässt. Aufgrund der weiten Verbreitung und langjährigen Anwendung verfügt es über eine hohe Legitimation bei der Bevölkerung. Als Nachteil wird häufig aufgeführt, dass wählerstärkere Parteien bei der Verteilung der Restmandate tendenziell eher bevorzugt werden. Diese Kritik ist vor allem dort relevant, wo ein Gemeinwesen in verschiedene Wahlkreise unterteilt ist. Das ist in Köniz allerdings nicht der Fall, da die Gemeinde Köniz einen einzigen Wahlkreis bildet. Zudem wirkt die Möglichkeit zur Bildung von (mehrparteiigen) Listenverbindungen diesem Aspekt entgegen.

Das Verfahren nach Sainte-Laguë ist in den letzten Jahren in verschiedenen Kantonen für Parlamentswahlen eingeführt worden, vor allem im Rahmen des «Doppelten Pukelsheim»¹ bei Proportionalwahlen mit mehreren Wahlkreisen. Der Hauptvorteil des Verfahrens nach Sainte-Laguë liegt darin, dass sich die Sitzverteilung im Bezug auf die Grösse der Partei oder Wählergruppe bzw. deren Stimmenzahl neutral verhält und somit die reine Proportionalidee mathematisch am genauesten umgesetzt ist. Allerdings gibt es durchaus Rechenbeispiele, welche die Vermutung zulassen, dass namentlich Kleinstparteien vom Verfahren nach Sainte-Laguë tendenziell eher profitieren dürften. Das Bundesgericht hat die Unterschiede zwischen den verschiedenen Proportionalverfahren stark relativiert und klar festgehalten, dass sowohl Sainte-Laguë als auch Hagenbach-Bischoff verfassungskonform sind. Als Nachteil von Sainte-Laguë wird häufig aufgeführt, dass das System mathematisch komplex und deshalb für die Wählenden schwerer nachvollziehbar ist. Auch

¹ Für das doppeltproportionale Zuteilungsverfahren mit Standardrundung ist heute die Bezeichnung «Doppelter Pukelsheim» geläufig.

kann es tendenziell eher zu einer Zersplitterung der Parteien führen, was namentlich bei Exekutivwahlen eher nicht erwünscht ist, da auch die Persönlichkeit der Kandidierenden nach verbreiteter Überzeugung eine grössere Rolle spielen sollte. Dies ist wohl auch der Grund, dass in der Schweiz und im Ausland in der Praxis soweit ersichtlich kein Fall bekannt ist, wo Sainte-Laguë bei Exekutivwahlen angewandt wird.

Es gilt festzuhalten, dass sowohl die Methode Hagenbach-Bischoff als auch das Sainte-Laguë-Verfahren rechtlich zulässige und verfassungskonforme Zuteilungsverfahren sind. Beide Verfahren haben gewisse Vor- und Nachteile. Es ist davon auszugehen, dass die beiden Verfahren nur im beschränkten Umfang zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Die Anwendung von Sainte-Laguë in nur einem Wahlkreis ist eher ungewöhnlich und für die Wahl der Exekutive (Gemeinderat) ein Novum. Welches das für Köniz «richtige» Verfahren ist, ist deshalb vorwiegend ein politischer Entscheid. Die wohl grösste praktische Auswirkung bei einem Wechsel von Hagenbach-Bischoff zu Sainte-Laguë ist die Abschaffung der mehrparteiigen Listenverbindungen (siehe Kapitel «Abschaffung der mehrparteiigen Listenverbindungen und der Unterlistenverbindungen»).

Standardrundung statt systematische Abrundung

Im Verfahren nach Sainte-Laguë wird das Ergebnis der Berechnung der Sitzzahl (Anzahl Parteistimmen, geteilt durch eine Verteilungszahl oder einen Zuteilungsdivisor) nicht wie heute systematisch abgerundet, sondern nach kaufmännischem Standard entweder auf- oder abgerundet.

Bestimmung des Zuteilungsdivisors

Der Zuteilungsdivisor wird im Sainte-Laguë-Verfahren so bestimmt, dass unter Berücksichtigung der erwähnten Rundung genau alle zu besetzenden Sitze vergeben werden; die heute übliche Verteilung von Restmandaten entfällt. Ein solcher Zuteilungsdivisor lässt sich nicht aufgrund einer festen Formel bestimmen, sondern muss mit einer schrittweisen Annäherung ermittelt werden. Als Ausgangspunkt kann die Gesamtzahl der Stimmen für alle Listen durch die Gesamtzahl der zu besetzenden Sitze geteilt werden. Werden mit dem resultierenden Divisor zuviele Sitze zugeteilt, muss der Zuteilungsdivisor schrittweise erhöht werden, bis genau die Anzahl der zu besetzenden Sitze vergeben wird; werden zuwenig Sitze zugeteilt, muss er gesenkt werden. Dieses Verfahren wird in Deutschland für die Wahl des Europaparlaments und des Bundestages

angewendet. In der Schweiz kommt es beispielsweise in den Kantonen Zürich, Aargau und Schaffhausen im Rahmen des «Doppelten Pukelsheim» zur Anwendung.

Einheitliches Verfahren für die Parlaments- und die Gemeinderatswahl

Die Motion «Für unverzerrte Proporzahlen» verlangt einen Wechsel zum Sainte-Laguë-Verfahren sowohl für die Parlaments- als auch für die Gemeinderatswahl. Eine Wahl der Exekutive (Gemeinderat) stellt – wie oben ausgeführt – soweit ersichtlich ein Novum dar. Dieses Verfahren liegt nicht gerade nahe, weil im Rahmen einer Exekutivwahl in aller Regel die Persönlichkeit der Kandidierenden im Vordergrund steht und der parteipolitischen Zusammensetzung für den Gemeinderat deshalb weniger Bedeutung zukommt als für das Parlament, das die politischen Überzeugungen der Bevölkerung bzw. der Stimmberechtigten möglichst genau widerspiegeln soll. Der Vorteil des Sainte-Laguë-Verfahrens, nämlich die unverzerrte Wiedergabe der Stimmenverhältnisse und die optimale Wahrung der Erfolgswertgleichheit der Stimmen, fällt also weniger ins Gewicht als bei einer Parlamentswahl.

Dennoch ist mit der vorliegenden Vorlage sowohl für die Parlaments- als auch für die Gemeinderatswahlen der Wechsel zu Sainte-Laguë vorgesehen. Es wäre nicht angezeigt, unterschiedliche Wahlverfahren für das Parlament und für den Gemeinderat vorzusehen, auch im Interesse eines möglichst einfachen und transparenten Verfahrens.

Abschaffung der mehrparteiigen Listenverbindungen und der Unterlistenverbindungen

Listenverbindungen

Heute können sich die Listen der Parteien oder Wählergruppen für Proporzahlen in Köniz unbeschränkt zu Listenverbindungen zusammenschliessen. Eine Listenverbindung bewirkt, dass die Stimmen für zwei oder mehr Listen für die Zuteilung der Sitze in einem ersten Schritt zusammengerechnet und erst in einem zweiten Schritt auf die einzelnen Listen verteilt werden. Verbundene Listen werden somit zunächst wie eine einzige Liste behandelt. Listenverbindungen haben zum Zweck, die Stimmkraft kleinerer Parteien oder Wählergruppen im Rahmen einer Proporzwahl zu bündeln und zu verstärken. Praktische Bedeutung haben sie in erster Linie

für die Verteilung von Restmandaten. Sie können aber auch dazu führen, dass eine bestimmte Wählergruppe überhaupt erst einen Sitz erhält (auf Kosten einer anderen Gruppierung).

Verzicht auf so genannte mehrparteiige Listenverbindungen

Mit Blick auf die Zuteilung von Restmandaten erscheinen Listenverbindungen sinnvoll, wenn das angewendete Verfahren wie das Verfahren nach Hagenbach-Bischoff dazu führen kann, dass die Restmandate tendenziell eher wählerstärkeren Parteien zugeteilt werden. In einem solchen Fall können Listenverbindungen diese möglichen Effekte ausgleichen. Wird das Sainte-Laguë-Verfahren eingeführt, stellt sich dieses Problem allerdings nicht mehr, weil die reine Proporzidee mit Sainte-Laguë mathematisch am genauesten umgesetzt ist. Demgegenüber kann eine Listenverbindung nach wie vor dazu führen, dass eine Liste dank der Verbindung überhaupt erst einen Sitz erhält und eine andere Liste, die mehr Stimmen erhalten hat, leer ausgeht. Diese Konsequenz ist störend und auch rechtlich nicht unbedenklich, wenn unterschiedliche Parteien oder Wählergruppen an der Listenverbindung beteiligt sind. Sie entspricht nicht dem Willen der Wählenden, die sich mehrheitlich für eine andere Partei oder Wählergruppe ausgesprochen haben. Verbindungen von Listen unterschiedlicher Parteien oder Wählergruppen werden deshalb nicht mehr zugelassen.

Nach wie vor zulässig sind demgegenüber sogenannte einparteiige Listenverbindungen, d. h. Verbindungen verschiedener «Teillisten» einer bestimmten Gruppierung, beispielsweise eine Liste «Senior: innen» und eine Liste «Jugend» einer bestimmten Partei. Für die Zulassung solcher Listenverbindungen spricht namentlich, dass eine Wählergruppe ein legitimes Interesse an einem «innerparteilichen Minderheitenschutz» haben kann. Sie soll nicht das Risiko eingehen müssen, mit der Aufteilung ihrer Wahlvorschläge in verschiedene Teillisten einen Sitz zu verlieren. Das Problem, dass ein Sitz nicht der Partei oder Wählergruppe zukommt, die am meisten Stimmen erhalten hat, stellt sich in diesem Fall nicht.

Eine Beschränkung auf einparteiige Listenverbindungen in diesem Sinn sieht seit einigen Jahren der Kanton St. Gallen vor. Für die Nationalratswahlen und im Kanton Thurgau dürfen Unterlistenverbindungen nur einparteiig sein.

Verzicht auf Unterlistenverbindungen

Unterlistenverbindungen sind Listenverbindungen «unterer Stufe» innerhalb einer Listenverbindung. Ein Bedürfnis nach Unterlistenverbindungen besteht da, wo sich unterschiedliche politische Gruppierungen, die sich zu einer Listenverbindung zusammengeschlossen haben, innerhalb der Verbindung optimale Chancen für einen Sitzgewinn sichern wollen. Können sich nur noch «Teillisten» einer bestimmten Gruppierung in einer einparteiigen Listenverbindung zusammenschliessen, besteht dieses Bedürfnis nicht. Dementsprechend sind Unterlistenverbindungen neu nicht mehr zugelassen, auch im Interesse eines möglichst einfachen, transparenten und nachvollziehbaren Wahlverfahrens.

Die Anpassungen im Reglement

Die Änderungen im Reglement über Abstimmungen und Wahlen sind im Anhang zu dieser Botschaft im Wortlaut wiedergegeben.

Finanzen

Die Änderungen haben einen gewissen administrativen Mehraufwand zur Folge, dieser hält sich allerdings in Grenzen. Die Gemeinde Köniz setzt bei den Wahlen eine Software ein, deren Herstellerin bereits über geeignete Programmteile für das Sainte-Laguë-Verfahren verfügt.

Vorprüfung durch den Kanton

Die Änderungen des Reglements über Abstimmungen und Wahlen gemäss dem Anhang sind dem kantonalen Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) zur obligatorischen Vorprüfung unterbreitet worden. Die vorliegende Vorlage trägt den Bemerkungen des AGR Rechnung. Es darf damit gerechnet werden, dass die Änderungen durch den Kanton genehmigt werden.

Was geschieht bei Annahme der Vorlage?

Die Änderungen treten im Fall der Annahme durch die Stimmberechtigten am 1. Januar 2026 in Kraft. Das neue Zuteilungsverfahren wird somit erstmals für die Gesamterneuerungswahlen 2029 zur Anwendung kommen.

Folgen bei Ablehnung der Vorlage?

Werden die Änderungen verworfen, erfolgt die Sitzzuteilung in Zukunft weiterhin nach dem Verfahren Hagenbach-Bischoff. Mehrparteiige Listenverbindungen wären weiterhin zulässig.

Argumente im Parlament

PRO

- [Argumente folgen]

CONTRA

- ...

Antrag und Abstimmungsfrage

Mit xx zu xx Stimmen bei xx Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Änderung des Reglements vom 5. Juni 2005 über Abstimmungen und Wahlen gemäss Anhang zu dieser Botschaft wird zugestimmt.
2. Das Parlament bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Abstimmungsfrage

Wollen Sie die Vorlage «Änderung des Sitzzuteilungsverfahrens und Abschaffung der mehrparteiigen Listenverbindungen für die Wahl des Gemeinderats und des Parlaments: Teilrevision des Reglements über Abstimmungen und Wahlen» annehmen?

Köniz, 10. Februar 2025

Im Namen des Parlaments

Der Präsident: Casimir von Arx
Leiterin Fachstelle Parlament: Chantal Fuchs

Reglement vom 5. Juni 2005 über Abstimmungen und Wahlen, Änderungsvorlage

Die Änderungen und Ergänzungen sind durch Fett- und Kursivdruck hervorgehoben.

Art. 11a Wahlzettel mit Vordruck für Verhältniswahlen

Die Wahlzettel mit Vordruck für Verhältniswahlen enthalten jeweils die Bezeichnung und Ordnungsnummer der Liste, **allfällige Listenverbindungen** sowie folgende Angaben **zu den** wählbaren Personen:

- | | |
|-----------------|---|
| a) Name, | d) Beruf, |
| b) Vorname, | e) Wohnort, |
| c) Geburtsjahr, | f) gegebenenfalls den Vermerk «bisher». |

Art. 31 Listenverbindungen

1 Listenverbindungen sind zulässig **für Listen mit gleicher Bezeichnung ihres Ursprungs (Art. 27 Abs. 1), die sich ausschliesslich durch einen Zusatz zur Kennzeichnung des Geschlechts, des Alters, des Flügels der Wählergruppe oder der Region unterscheiden.**

2 Unterlistenverbindungen innerhalb einer Listenverbindung sind **nicht** zulässig.

2bis *aufgehoben*

3 **Listenverbindungen** müssen der Gemeinde bis zum 69. Tag (zehntletzten Montag) vor dem Wahltag um 17.00 Uhr durch übereinstimmende Erklärung sämtlicher Unterzeichnender oder Vertretungen der betroffenen Listen (Art. 29) gemeldet werden.

Art. 42 Verteilung der Sitze

1 **Nach der Ermittlung der Stimmenzahlen wird die Gesamtzahl der Parteistimmen aller Listen durch die Zahl der zu besetzenden Sitze geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl ist die provisorische Verteilungszahl.**

2 **Danach wird die Parteistimmenzahl jeder Liste durch die provisorische Verteilungszahl geteilt. Das Ergebnis dieser Teilung wird auf die nächstgelegene ganze Zahl gerundet (kaufmännische Rundung) und ergibt die Anzahl Sitze pro Liste.**

- 3 ***Ergibt die Teilung nach Absatz 2, dass mehr Sitze verteilt werden als zu besetzen sind, ist die Verteilungszahl schrittweise zu erhöhen. Ergibt die Teilung nach Absatz 2, dass weniger Sitze verteilt werden als zu besetzen sind, ist die Verteilungszahl schrittweise zu senken.***
- 4 ***Eine Verteilungszahl ist definitiv, sobald alle zu besetzenden Sitze verteilt werden können. Die definitive Verteilungszahl ist im Wahlprotokoll festzuhalten.***
- 5 ***Lässt sich keine definitive Verteilungszahl finden, so entscheidet das Los. An der Losziehung nehmen diejenigen Listen teil, die beim Sprung von einer knapp zu hohen zu einer knapp zu tiefen Verteilungszahl einen Sitz dazugewinnen würden. Ausgenommen von der Losziehung sind jene Sitze, die bei einer knapp zu hohen Verteilungszahl bereits verteilt werden konnten.***

Art. 43
aufgehoben

Art. 44 Verbundene Listen

- 1 Jede Gruppe miteinander verbundener Listen wird für die Verteilung der Sitze vorerst wie eine einzige Liste behandelt.
- 2 Die der Gruppe zukommenden Sitze werden gemäss **Art. 42** auf die einzelnen Listen verteilt.

Art. 49 Ergänzungswahlen

- 1 Enthält eine Liste weniger Kandidatinnen und Kandidaten, als ihr Sitze zufallen, fordert die Gemeinde die Unterzeichnenden auf, so viele Personen vorzuschlagen, als die Liste noch Sitze besetzen kann. Sind nur noch weniger als zehn Unterzeichnende erreichbar, muss die Zahl der Unterzeichnenden ergänzt werden. Der neue Vorschlag muss in jedem Fall von zehn Stimmberechtigten unterzeichnet sein.
- 2 Der Gemeinderat erklärt die Vorgeschlagenen, nach der Bereinigung der Wahlvorschläge (Art. 32–35), ohne Wahlgang als gewählt.
- 3 Machen die Unterzeichnenden der Liste von ihrem Vorschlagsrecht keinen Gebrauch oder können sie sich nicht einigen, werden die freien Sitze der Liste zugeteilt, die ***im Verfahren nach Art. 42 einen zusätzlichen Sitz erhalten hätte, wenn eine grössere Anzahl von Sitzen zu besetzen gewesen wäre.***

